

Wir lassen die Schule im Dorf.



Klare Sache. Bessere Bildung.



Kommunal- und Europawahlen am 7. Juni 2009

SPD will Schulstandorte erhalten.

Regierungspläne für Werkrealschule bedeuten das Aus für hunderte von Standorten.

Die Werkrealschulpläne der Landesregierung bedrohen die Existenz der 756 einzügigen Hauptschulstandorte im Land, denn nur mindestens zweizügige Hauptschulen sollen Werkrealschule werden können. Die Regierung lässt die einzügigen Standorte am langen Arm verhungern, schiebt bei Schulschließungen den Schwarzen Peter aber trickreich den Kommunen zu.

Die Werkrealschule ist auch nicht zukunftsfähig, denn an den Problemen des dreigliedrigen Schulsystems ändert sich dadurch nichts. In wenigen Jahren wird die Werkrealschule dieselben Probleme wie die heutige Hauptschule haben. Der Schülerrückgang der bisherigen Hauptschulen/Werkrealschulen wird sich fortsetzen, da die neue Werkrealschule bei der Grundschulempfehlung mit der Hauptschule gleichgesetzt wird.

Weitere Informationen zur Bildungspolitik der SPD-Landtagsfraktion unter: <http://bildungsaufbruch.bawue.spd.de> und www.spd-bw.de

Klare Sache. Bessere Bildung.

Die SPD will grundsätzlich zehn Schuljahre für alle Kinder und in Verbindung damit den Hauptschul-, den Werkrealschul- und den Realschulabschluss anbieten. Bei konsequenter individueller Förderung der Schüler soll dies auch an den 1-zügigen Hauptschulstandorten möglich sein. Diese werden dadurch nachhaltig stabilisiert.

Die SPD schafft so auch den Einstieg in eine Gemeinschaftsschule mit zehn Schuljahren und erreicht, dass die weiterführende Schule im Dorf bleibt. Auch die überfüllten Realschulen, für die die Kinder teilweise lange Anfahrtswege in Kauf nehmen müssen, werden dadurch entlastet.

Die Schulträger sollen einen Rechtsanspruch auf Genehmigung solcher innovativer Schulkonzepte bekommen, die Kinder besser individuell fördern und sie länger gemeinsam lernen lassen.



Kommunal- und Europawahlen am 7. Juni 2009